

Ein Leben für Gerechtigkeit

Eine neue Ausstellung porträtiert acht Menschen, die in Konfliktgebieten im Einsatz waren. Einer davon ist Ueli Wildberger. Er hat sein ganzes Leben der Friedensarbeit gewidmet.

ZÜRICH – Hautnah erlebte Ueli Wildberger die Studentenrevolten mit, als er ab 1967 drei Semester in Berlin studierte. Nach Zürich zurückgekehrt, schloss er zunächst einmal sein Theologiestudium ab. Doch die Eindrücke aus Berlin liessen ihn nicht mehr los. Durch die Strassenschlachten habe er gesehen, «dass Gewalt uns nicht weiterbringt, denn sie stösst die Leute, die wir gewinnen möchten, ab». Und doch sei es wichtig, gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen: «Wo es Ungerechtigkeit gibt, leiden Menschen.»

Dem Einsatz für die Gerechtigkeit und eine friedliche Welt hat er heute 62-jährige Wildberger sein Leben gewidmet. Nach dem Studium arbeitete er in der Notschlafstelle, wurde dann Jugendsekretär beim Christlichen Friedensdienst. Er war bei der Besetzung des Atomkraftwerks Kaiseraugst dabei und engagierte sich für verschiedene Friedenskampagnen. Regelmässig traf er sich mit anderen jungen Friedensaktivisten Europas und half zum Beispiel bei der Organisation eines Friedensmarsches von London nach Paris, der ein Zeichen gegen die französischen Atomversuche in der Atmosphäre setzte. In dieser



Ueli Wildberger: «Wir können nicht immer armeeartig als Puffer zwischen die Kämpfenden stehen.» Bild: uba

Friedensgruppe lernte Wildberger seine spätere Frau France kennen, eine Französin.

Aufmerksam studierte er die Friedensaktionen von Mahatma Gandhi und Martin Luther King. «Sie zeigten mir den Weg zwischen Gewalt und Passivität», sagt Wildberger heute. Frieden heisst für ihn nicht nur «kein Krieg». «Wirklicher Frieden ist «Shalom», also ein aktives Friedensstiften in der Gemeinschaft. Erst wenn niemand mehr in Unfreiheit, Not und Krieg lebt, ist dieses Ziel erreicht.»

Militärdienst verweigert

1982 fand in Holland das zweite Treffen der eben entstehenden Organisation «Peace Brigades International (PBI)» statt. Wildberger war dabei. PBI bot ihm die Antwort auf eine Frage, die ihm immer wieder gestellt wurde: 1973 hatte er den Militärdienst verweigert und sass dafür drei Monate lang im Gefängnis. Er sei gefragt worden, was er in einem bewaffneten Konflikt tun würde: «Was wollen Sie da mit Ihrer Gewaltfreiheit?» In der Folge befasste sich Wildberger damit, was aktive Gewaltfreiheit in einem bewaffneten Konflikt bewirken könnte. «Es war für mich wichtig, zu merken, dass es anders funktioniert, als wir dachten: Wir können nicht immer armeeartig als Puffer zwischen die Kämpfenden stehen, sondern man muss eher mit wenigen Leuten und viel Zeit arbeiten.» Verfeindete Parteien sollten miteinander in Auseinandersetzung gebracht werden, um ge-

meinsam einen Konsens zu erarbeiten und über Grenzen hinweg Netzwerke aufzubauen. Dazu gehöre auch, dass man aktiv auf den Täter zugehe: «Ich bedrohe die Täter nicht. Das macht es ihnen einfacher, aus ihrer Rolle auszustiegen, denn sie merken, dass ich nicht sie als Person vernichten will, sondern das Unrecht, das sie tun.»

Diktatur in Guatemala

Das erste PBI-Projekt war Friedensarbeit in Guatemala. 1985 besuchte Wildberger mit seiner Frau das eben begonnene Projekt. Guatemala litt unter der Militärdiktatur: Etwa eine halbe Million Menschen wurden intern vertrie-

«Frieden ist da,
wenn niemand mehr
in Unfreiheit, Not
und Krieg lebt»

Ueli Wildberger

ben, 100 000 ermordet, weitere 50 000 Menschen verschwanden. Wildberger kam in Kontakt zu einer Gruppe von Angehörigen verschwundener Menschen (Grupo de Apoyo Mutuo). Zwei Wochen, nachdem das Schweizer Paar das Land verlassen hatte, wurden zwei Gruppenmitglieder, die sich besonders stark für die Menschenrechte eingesetzt hatten, ermordet. Der Schock sass tief. Und trotzdem: Das Erlebnis hatte einen positiven Nebeneffekt, es führte nämlich dazu, dass PBI mit den

Schutzbegleitungen angefangen hat, welche noch heute die Haupttätigkeit der Organisation sind.

Wildberger konzentrierte sich danach in der Schweiz auf den Aufbau der internationalen Organisation PBI. Er bereitete Freiwillige auf ihre Einsätze vor. Ab 1989 wurde er bei PBI als europäischer Koordinator für Zentralamerika-Projekte angestellt.

Die Angst der Serben

Als 1995 das «Balkan Peace Team» gegründet wurde, war Wildberger in der internationalen Koordinationsgruppe und besuchte Kroatien, Belgrad und Pristina. Vor dem Kosovo-Krieg versuchte das Team, Serben und Kosovo-Albaner miteinander in einen Dialog zu bringen. Im Vorbereitungs-training mit der serbischen Friedensgruppe stellte sich unerwartet heraus: «Die Serben hatten weniger vor den Albanern als vor den eigenen Scharfmachern Angst.» Trotzdem bleibe das Gespräch unter verfeindeten Parteien neben den Schutzbegleitungen die wichtigste Friedensarbeit.

1998 wechselte Wildberger von PBI zum Forum für Friedenserziehung, dem Deutschschweizer Zweig des «International Fellowship of Reconciliation (IFOR)». Seither konzentriert er sich auf die Friedensarbeit im Inland. Er entwickelt mit somalischen Flüchtlingen Ideen, wie sie in ihrer Heimat für den Frieden arbeiten können und bietet Schulklassen und Erwachsenen Trainings zu Themen wie Zivilcourage oder Integration an. | KATHARINA BAUMANN

Winterthurer SVP-Präsident neu im Kantonsrat

Vier der neun frischgebackenen Nationalratsmitglieder haben bereits ein Parlamentsmandat. Das hat Folgen.

ZÜRICH – Für die aus dem Kantonsrat zurücktretende Natalie Rickli rückt nun der Winterthurer SVP-Parteipräsident Daniel Oswald ins Kantonsparlament nach. Er landete im vergangenen April bei den kantonalen Wahlen auf der SVP-Liste auf dem Platz hinter Rickli. Er hat noch keine Parlamentserfahrung und freut sich auf die montägliche Fahrt an die Limmat, um in Zürich etwas für Winterthur herauszuholen, wie Oswald auf Anfrage sagte. Alfred Heer, Präsident der SVP-Fraktion, will sich hingegen noch nicht festlegen, ob er aus dem kantonalen Parlament zurücktritt. Er wird sich bis Ende Jahr entscheiden, sagt er. Für ihn könnte Mauro Tuena nachrücken, der seinerseits die SVP-Fraktion im Zürcher Gemeinderat präsidiert. Das hätte Folgen im Computerdienstleistungsbetrieb von Heer, bei dem Tuena angestellt ist. Denn mit einem Kantonsratsmandat geschweige denn einem Doppelmandat würde Tuena oft im Geschäft fehlen. Und wenn Heer in Bern ist, wäre die Bude gar öfter ganz verwaist.

Für Daniel Jositsch (SP), der wie Rickli erst seit einem halben Jahr im Kantonsrat sitzt, rückt Peter Schult Hess nach, der im Frühling abgewählt worden war.

CSP erstmals im Gemeinderat

Zu einer Premiere für Zürich kommt es, weil der Grüne Bastien Girod in die Grosse Kammer gewählt wurde. Für ihn rückt Monika Bloch von der CSP nach. Weil bei den Kommunalwahlen keine Listenverbindungen mehr erlaubt waren, hatten die Grünen einigen Christlich-Sozialen Asyl auf ihrer Liste gegeben. Die unabhängige CSP (vor einem Streit um die Jahrtausendwende waren CVP und CSP noch unter einem Dach) war noch nie im Zürcher Stadtparlament vertreten – im Gegensatz zur Stadtregierung. Willy Küng war anfangs als CVP-Mitglied in den Stadtrat gewählt worden, trat dann aber nach Zerwürfnissen mit der CVP zur CSP über.

Kein Parlamentsmandat (mehr) hat FDP-Präsidentin Doris Fiala. Sie war im Sommer aus dem Zürcher Gemeinderat zurückgetreten, um sich ganz auf den Wahlkampf konzentrieren zu können. Parlamentarisch folgenlos bleiben auch die Wahlerfolge von Barbara Schmid-Federer (CVP), Tiana Angelina Moser und Verena Diener (beide GLP). Marlies Bänziger (Grüne) wird erst 2009 am Ende der Amtszeit aus dem Winterthurer Bezirksrat zurücktreten. | PASCAL UNTERNÄHRER

AUSSTELLUNG PEACE BRIGADES

Ueli Wildberger ist einer der 60 Schweizerinnen und Schweizer, die in den letzten 26 Jahren für die Friedensorganisation Peace Brigades International (PBI) im Einsatz waren. Die PBI-Wanderausstellung «Facing Peace» ist bis am 26. Oktober im Lichthof der Universität Zürich zu sehen, am Donnerstag berichtet ein Freiwilliger um 19 Uhr von seinen Erfahrungen. Vom 2. bis 9. November gastiert die Ausstellung in der Universität Irchel. Die Ausstellung will der Friedensarbeit ein Gesicht verleihen und porträtiert acht Schweizer PBI-Freiwillige, darunter auch Ueli Wildberger. PBI steht für unbewaffnete Schutzbegleitung und Menschenrechtsbeobachtung in Konfliktgebieten. Die Freiwilligen begleiten bedrohte Menschen, die sich in ihren Ländern für die Menschenrechte und für den Frieden einsetzen. Die internationale Präsenz schafft Raum für gewaltfreie Konfliktlösungen.

www.peacebrigades.ch
www.friedenserziehung.ch

Raser zum Rasen angestachelt

ZÜRICH – Wegen Anstiftung zur groben Verletzung von Verkehrsregeln hat das Zürcher Bezirksgericht in einem Pilotprozess eine 20-jährige Serviceangestellte aus dem Kanton Luzern zu einer bedingten Geldstrafe von 500 Franken und einer Busse von 500 Franken verurteilt. Als Beifahrerin stiftete die junge Frau vor einem Jahr einen Lenker zum Rasen an, der bereits wegen Tempoexzessen verurteilt war. Er fahre «wie eine Grossmutter», machte sie sich über ihren serbischen Kollegen lustig (Ausgabe vom 12.10.2007). Prompt drückte dieser aufs Gaspedal und verursachte auf der Baslerstrasse in Zürich mit massiv übersehener Geschwindigkeit einen schweren Unfall. Dabei wurden drei Personen, darunter die Angeklagte, verletzt. Der Raser wurde vor einigen Wochen zu einer Freiheitsstrafe von 30 Monaten verurteilt. 10 Monate davon soll er absitzen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (ait)

142 Millionen Franken für die Kultur

Zürich schliesst mit seinen Kulturinstituten Leistungsvereinbarungen ab. Das neue Kulturförder-Leitbild soll mehr Transparenz bei der Vergabe der Gelder bringen.

ZÜRICH – Der für die Kultur zuständige Stadtpräsident propagierte das Instrument gestern vor den Medien als neues «zentrales Steuerungsinstrument für die Kulturförderung». Es führe bei der Verteilung der öffentlichen Kulturgelder zu mehr Transparenz und stelle diese auf eine neue Basis. Ledergerber will in den nächsten Monaten zuerst mit den grösseren Kulturinstituten Gespräche aufnehmen. Die vereinbarten Leistungen sollen dann mindestens jährlich überprüft werden. Das präsentierte neue Kulturleitbild 2008 bis 2011 trägt laut Ledergerber dazu bei, den hohen Stand

bei der Kultur im Kanton Zürich zu halten. Das 150-seitige Werk legt die Leitplanken der Kulturförderung in 30 politischen Schwerpunkten fest. Und es gibt detailliert Auskunft über Entwicklungen bei den rund 70 Kulturangeboten Zürichs, die von der Stadt mitfinanziert werden – allen voran beim Kunsthaus, Schauspielhaus und bei der Tonhalle. Das Kulturleitbild war eine Forderung des Stadtparlaments und erscheint zum zweiten Mal.

Finanzielle Schieflage

Wichtige Schwerpunkte sind die Anpassung der Besoldungssysteme der grossen Kulturinstitute an die städtische Besoldungsverordnung. Beim Schauspielhaus führte dies zu grossen Auseinandersetzungen. Zentral ist auch die Sanierung des in finanzielle Schieflage geratenen Zürcher Kammerorchesters.

Weitere Ziele sind eine neue Bühne für das Theaterhaus Gessnerallee,

die definitive Einführung des Projekts «Junges Schauspielhaus», erweiterte Räume für das Literaturhaus, die Stärkung des Jazzclubs Moods und die Einrichtung eines Kinderkulturhauses.



Das Theaterhaus Gessnerallee soll eine neue Bühne erhalten. Bild: key

Bei den Museen stehen die Erweiterung des Kunsthauses, des Landesmuseums aber auch das Löwenbräu-Areal im Vordergrund, das laut Ledergerber als «Zentrum für zeitgenössische Kunst» gesichert werden soll. Generell werde ein Museumskonzept erarbeitet, dabei kommen auch die Ideen für ein Stadtmuseum, ein Migrationsmuseum oder ein Museum für Architektur und Design auf den Tisch.

Aus dem Leitbild geht schliesslich hervor, dass sich der Netto-Kulturaufwand künftig wie bisher 1 bis 1,5 Prozent des städtischen Gesamtaufwandes betragen soll. 2006 belief sich der städtische Aufwand brutto auf 142 Millionen Franken. Weil der Kanton das Opernhaus trägt und kulturelle Lasten der Stadt ausgleicht, belief sich jedoch der Nettoaufwand für die Stadt auf 86 Millionen, was 1,2 Prozent des Gesamtaufwandes entspricht. Für 2007 sind 89 Millionen vorgesehen. 2008 sollen die Kosten um 4,4 Prozent steigen. (sda)